

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Florian Kötter 563-5893 563-8020 florian.koetter@stadt.wuppertal.de
	Datum:	06.05.2016
	Drucks.-Nr.:	VO/0364/16 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
09.06.2016	BV Uellendahl-Katernberg	Entgegennahme o. B.
14.06.2016	BV Heckinghausen	Entgegennahme o. B.
14.06.2016	BV Oberbarmen	Entgegennahme o. B.
14.06.2016	BV Ronsdorf	Entgegennahme o. B.
15.06.2016	BV Cronenberg	Entgegennahme o. B.
15.06.2016	BV Vohwinkel	Entgegennahme o. B.
16.06.2016	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW Empfehlung/Anhörung	
21.06.2016	BV Langerfeld-Beyenburg	Entgegennahme o. B.
21.06.2016	BV Barmen	Entgegennahme o. B.
22.06.2016	BV Elberfeld	Entgegennahme o. B.
22.06.2016	BV Elberfeld-West	Entgegennahme o. B.
29.06.2016	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
04.07.2016	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Digitaler Gremiendienst in den Bezirksvertretungen - Durchführungsbeschluss		

Grund der Vorlage

Erweiterung des Digitalen Gremiendienstes auf die Bezirksvertretungen der Stadt Wuppertal

Beschlussvorschlag

1. Der Einführung des Digitalen Gremiendienstes für die Mitglieder der Bezirksvertretungen wird unter Berücksichtigung der in der Begründung dargestellten Rahmenbedingungen zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die notwendigen Umsetzungsschritte, die ebenfalls in der Begründung aufgeführt sind, einzuleiten.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Andreas Mucke

Begründung

Bisherige Erfahrungen mit dem Digitalen Gremiendienst

Mit Beginn der laufenden Kommunalwahlperiode wurde der Digitale Gremiendienst im Rat und seinen Ausschüssen eingeführt. Die Mitglieder dieser Gremien nehmen ausnahmslos teil und verzichten auf die Zustellung der Sitzungsunterlagen in Papier. Die Erfahrungen mit der Anwendung des Digitalen Gremiendienstes sind durchgehend positiv, auch weil deutlich wurde, dass selbst für Nutzer/innen mit weniger oder vorher nicht ausgeprägten Vorkenntnissen nach vorheriger Anleitung eine sichere und intuitive Anwendung gewährleistet ist.

Bei der Umstellung auf das neue System war am Anfang verständlicherweise eine gewisse Zeit der „Eingewöhnung“ erforderlich, bis es für alle Beteiligten innerhalb kurzer Zeit zur Routine geworden ist. Die Umstellung führte insbesondere in der ersten Phase zu verstärkten Nachfragen zum Umgang mit den Geräten und zur Anwendung des Systems/der Software, was dann einen entsprechenden Betreuungsaufwand durch den Stadtbetrieb Informations- und Kommunikationssysteme und das Ratsbüro nach sich gezogen hatte.

Es ist heute festzustellen, dass die Erwartungen, dass der Digitale Gremiendienst zu effizienteren Abläufen und zu verringertem Aufwand in der Verwaltung sowie an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik (insbesondere durch den Verzicht auf den Druck der Papierunterlagen und damit den Wegfall der Verteilung an den Empfängerkreis) führt, eindeutig erfüllt wurden.

Erweiterung des Digitalen Gremiendienstes auf die Bezirksvertretungen

Aufgrund der durchgängig positiven Erfahrungen und der weiteren zu erwartenden Prozessoptimierungsmöglichkeiten wird vorgeschlagen, den Digitalen Gremiendienst in der nächsten Stufe auf die Bezirksvertretungen auszuweiten.

Da mit der Erweiterung des Digitalen Gremiendienstes auf die Bezirksvertretungen fortan insgesamt etwa 250 Mandatsträger/innen (Rat, Ausschüsse, Bezirksvertretungen) und Verwaltungsmitarbeiter/innen das System nutzen werden und allein durch die Anzahl ein dauerhaft erhöhter Betreuungsaufwand zu erwarten ist, wird dem Stadtbetrieb 402 hierfür eine zusätzliche VK zur Verfügung gestellt. Diese VK ergibt sich aus Einsparungen durch die bereits erfolgte und noch zu erwartende Prozessoptimierung im Zusammenhang mit der Nutzung des Digitalen Gremiendienstes und ist in der Zielvereinbarung des Stadtbetriebes bereits festgelegt.

Der Digitale Gremiendienst wurde den Mitgliedern aller zehn Bezirksvertretungen in ihren Sitzungen durch die Herren Amaadachou (Stadtbetrieb 402) und Kötter (Büro OB) vorgestellt. Dabei wurde deutlich gemacht, dass eine Ausweitung des Digitalen Gremiendienstes auf die Bezirksvertretungen nur möglich und wirtschaftlich darstellbar ist, wenn – wie im Rat und seinen Ausschüssen – eine flächendeckende Teilnahmebereitschaft besteht.

Alle Mitglieder der Bezirksvertretungen wurden gebeten, sich an das Büro des Oberbürgermeisters zu wenden, wenn Vorbehalte oder eine Ablehnung gegenüber der

Einführung des Digitalen Gremiendienstes bestehen sollten. Insgesamt beanspruchen vier Mitglieder – je eines aus der Bezirksvertretung Barmen und der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg sowie zwei aus der Bezirksvertretung Cronenberg – weiterhin Sitzungsunterlagen in Papierform und möchten nicht am Digitalen Gremiendienst teilnehmen. Auch wenn damit keine vollständig flächendeckende Nutzung erreicht wird und für die Geschäftsführungen, die die genannten Mandatsträger individuell zu betreuen haben (Papierausdruck über lokale Drucker/Kopierer, nicht über die Hausdruckerei), ein Mehraufwand entsteht, wird dieser noch als vertretbar angesehen, weil die Wirtschaftlichkeit durch diese geringe Zahl der Nichtnutzer nicht signifikant beeinträchtigt wird..

Weiteres Vorgehen:

- Nach dem Ratsbeschluss erfolgen die Beschaffung der Geräte für die Bezirksvertreter/innen sowie die noch erforderlichen technischen Vorbereitungen.
- Die Einweisung der Bezirksvertreter/innen in das System einschließlich Übergabe der Geräte und Abschluss der Nutzungsvereinbarung erfolgt dann in einer oder mehreren Schulungsveranstaltungen unmittelbar nach Auslieferung der Geräte (voraussichtlich nach der Sommerpause 2016). Bei Bedarf und auf Wunsch erfolgen Schulungen auch BV-spezifisch vor Ort.
- Die Einzelheiten der Nutzung der Geräte und die jeweiligen Rechte und Pflichten, die damit verbunden sind, werden in einer schriftlichen Vereinbarung festgelegt, die von den Mitgliedern der Bezirksvertretungen – mit Aushändigung der Geräte – unterzeichnet wird.
- Im weiteren Verfahren müssen strategische Überlegungen zur WLAN-Ausstattung der Verwaltungsgebäude und der regelmäßigen Sitzungsorte der Bezirksvertretungen erfolgen.

Kosten und Finanzierung

Kosten ergeben sich aus der Beschaffung der iPads (ausgehend von einer Gesamtzahl von 150 Geräten iPad Air 2: 84.000 Euro mit einer Nutzungsdauer von fünf Jahren = 16.800 Euro / Jahr). sowie aus dem Verfahrensbetrieb (Wartung / Pflege / Support Software / Personal 402).

Einsparungen ergeben sich zum einen durch den Verzicht auf die Bereitstellung der Sitzungsvorlagen und Tagesordnungen in Papierform; dadurch werden in nennenswertem Umfang Druck- und Papierkosten sowie Versandkosten (Porto) eingespart. Darüber hinaus reduziert sich der Arbeitsaufwand für die Geschäftsführungen der Bezirksvertretungen, weil keine Druckaufträge mehr erteilt werden müssen und keine Verteilung von Unterlagen erfolgt. Damit entfallen bisher dafür notwendige Tätigkeiten komplett, was zur Reduzierung von Arbeitszeitanteilen führt.

Finanzierung

Die vorgenannte Übernahme der einmaligen Investitionskosten erfolgt aus Mitteln aus dem Bereich E-Government.

Anlage

Nutzungsvereinbarung